

Redaktioneller Teil

Anordnung der Reichsschrifttumskammer zum Schutz der Mindestleihgebühren im Leihbüchereigewerbe.

Zur Sicherung der Kulturaufgaben des Leihbüchereigewerbes ordne ich auf Grund des § 25 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 (RGBl. 1933 II. 1 S. 797) hierdurch folgendes an:

Die von den Vertretern der Leihbüchereien im Börsenverein und von den Obleuten der Fachschaft Leihbüchereien unter dem 20. April 1934 (Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 1934 Nr. 37 und 47) festgesetzten Mindestleihgebühren sind für jeden Inhaber einer Leihbücherei verbindlich.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen ziehen Ordnungsstrafen nach sich und können im Wiederholungsfalle zum Ausschluß aus der Reichsschrifttumskammer gemäß § 10 der genannten Verordnung führen.

Berlin, den 17. Mai 1934.

Der Präsident der Reichsschrifttumskammer.

J. B.: Dr. Wis mann.

Um die Erkenntnis der Notwendigkeiten.

(Zu dem Kampf der Bewegung gegen Miesmacher und Kritikafter.)

Mit der von der Reichspropagandaleitung im Anschluß an die gewaltige Demonstration des 1. Mai angeordneten Aktion gegen Miesmacher und Besserwisser, Saboteure, Kritikafter und ähnliche Leute ist ein weiterer notwendiger Schritt auf dem Wege zur inneren Festigung des neuen deutschen Staatsgebäudes eingeleitet worden. Nicht, daß sich die »Notwendigkeit« aus dem Vorhandensein irgendeiner im Gegensatz zum Staatswillen stehenden Machtgruppe ergäbe oder daß diese »Notwendigkeit« zur Erhaltung der Staatsgewalt unumgänglich sei. Auch wäre es abwegig, den neuen Propagandafeldzug als Zeichen dafür ansehen zu wollen, daß Volk und Führung sich in Uneinigkeit und Mißtrauen gegenüberstehen und daß der junge Staat seine Berechtigung aus nur erzwungener Anerkennung herleitet. Der 12. November 1933 und der 1. Mai 1934 sind Zeugnisse anderer Art. Wenn die neue Aktion dennoch als notwendig bezeichnet werden muß, so deshalb, weil da und dort im Lande noch Leute ihr Wesen treiben, die entweder aus staatsfeindlicher Gefinnung oder aus Gedankenlosigkeit und Verantwortungslosigkeit den Fortschritt im Auf- und Ausbau des Reiches hemmen, die fahrlässig oder absichtlich das Leben der Volksgemeinschaft stören und daher als Staatschädlinge gewertet werden müssen. Diesen gilt der Kampf.

Beim rechten Licht betrachtet handelt es sich bei jenen Leuten zumeist um solche, die irgendwelche rein persönliche und vorwiegend materielle Gründe als Rechtfertigung für ihr Verhalten anführen zu können glauben. Es sind jene, die an alle Maßnahmen des Staates und an alle Äußerungen des Staatswillens, an jede Verordnung und an jede Um- und Neugestaltung ihre Eignung als Maßstab anlegen, die in allem nur ihre Zurücksetzung und die Bevorzugung anderer erblicken, die immer

wieder und immer nur ein Eintreten für jenen Stand und jenen Beruf sehen, aber erneut eine Nichtbeachtung des ihrigen glauben feststellen zu müssen. Es sind jene, die immer wieder »opfern«, obwohl doch gerade sie am wenigsten dazu in der Lage sind, jene, deren berufliche und wirtschaftliche Verhältnisse »noch immer nicht« gebessert sind, obwohl doch gerade sie der schnellsten und umfassendsten Hilfe würdig wären. Immer ist es jene Industrie und immer nur jenes Handwerk, und immer wird für den eigenen Stand und Beruf wenig oder nichts getan — nörgelnd und kritisierend, hinter allem Verständnislosigkeit für die eigene Lage witternd, ziehen diese Volksgenossen durchs Land, dabei nur selbstsüchtige Zwecke in einer die Öffentlichkeit irreführenden Weise verfolgend. Oder aber es sind jene, die — beileibe nicht aus gegensätzlicher Einstellung, sondern nur aus »ehrlichem« Willen zur Mitarbeit — mit ihren wohlgemeinten Ratschlägen stets zur Stelle sind, die hier dieses Bedenken haben, dort jenes, die hier dies vermissen, dort das für überflüssig halten, kurz: jene Dreimalflugen und Neunmalweisen, die auf allen Gebieten alles besser wissen, auf diese Weise aber nichts weiter erreichen, als Mißtrauen zu säen, Sabotage zu treiben und in unverantwortlicher Weise einen ungehemmten Fortschritt der Aufbauarbeit mehr oder weniger schwer zu stören und zu hindern.

Es besteht kein Zweifel, daß bei all diesen Leuten die heute zwingend notwendig gewordene Umschaltung des Denkens noch nicht, zum mindesten aber nur in völlig ungenügender Weise eingeleitet hat. Die Maßstäbe und Anschauungen der vergangenen Epoche liegen noch zu nah und sind noch zu lebendig, als daß man sich von ihnen trennen könnte, um den Erfordernissen einer neuen, andersgearteten Zeit nachzukommen. Es ist nicht immer schlechter Wille, und nicht immer ist es eine staatsfeindliche Haltung, aus der letzten Endes aber dann doch eine staatschädigende Handlung entspringen muß. Es ist vielmehr ein gerütteltes Maß an Trägheit im Durchdenken politischer Dinge und ein grober Mangel am Bewußtwerden der Volksverantwortlichkeit, die eine klare Sicht verhindert. Und wenn durch die neue Aktion die so gearteten Staatsfeinde in den Brennpunkt erneuter Abwehr gestellt werden, so nicht allein deshalb, weil ihre Existenz jedwede Berechtigung verloren hat, sondern weil sie aus dem veralteten Denken überholter Zeiten heraus — und zu dem Haupterfordernis unserer Tage hingeführt werden sollen: zur Erkenntnis der staatspolitischen Notwendigkeiten.

Denn diese Erkenntnis ist es, die vor allen anderen Dingen das Denken durchsehen und beherrschen muß. Es muß klar werden, daß vor den Notwendigkeiten des einzelnen Lebens andere und wichtigere Erfordernisse stehen, nämlich jene, die sich auf Volk und Nation beziehen und nicht engbegrenzt auf die Gegenwart gerichtet sind, sondern nur der Zukunft dienen. Es muß klar werden, daß nach dem unerhörten Raubbau der vergangenen Jahre die Arbeit naturnotwendig bei den Grundlagen zu beginnen hat, daß erst einmal die Wurzeln zu festigen sind, aus denen das neue Wachsen entspringen soll. Nur gesunde Voraussetzungen gewährleisten ein gesundes Werden, und es kann und darf nur ein selbstverständlicher Denkinhalt sein, daß eigene Lebensnotwendigkeiten hinter der Arbeit an diesen Voraussetzungen zurückbleiben müssen. Es konnte für die Staatsführung nach der Machtübernahme keine dringlichere Aufgabe geben, als zunächst einmal die politische Sicherheit wieder herzu-